



**SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag**

Pressemitteilung Nr. 16-060
vom 15.02.11

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPDLandtag-Nds.de

Erklärung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag zur Frage der Neugestaltung des Plenarbereichs

Im Anschluss an die (heutige) Sitzung der SPD-Landtagsfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Stefan Schostok am Dienstag in Hannover gegenüber Journalisten eine Erklärung zur Frage der Neugestaltung des Plenarbereichs abgegeben.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

- Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hält fest an der Notwendigkeit, zeitgemäße Arbeitsbedingungen für Abgeordnete und Journalisten und Besucher im Plenargebäude herzustellen. Sie steht zu der Position, das Plenargebäude als „Ort der Demokratie“ modern, funktional und repräsentativ zu gestalten. Dies war die Grundlage der Diskussion um die Bauvorhaben seit dem Jahr 2002 und auch den letzten Beschluss im Jahr 2010.
- Dem Landtagspräsidenten ist es trotz der vorhandenen Haushaltsmittel bisher nicht gelungen, dem eindeutigen Beschluss des Landtags gemäß, mit der konkreten Planung und Umsetzung des Bauvorhabens zu beginnen.

Dabei sind die Rollen des staatlichen Baumanagements und des verantwortlichen Finanzministeriums kritisch zu hinterfragen, durch die sowohl in der Wettbewerbs- als auch in der Vorprüfungsphase die fachliche Beratung und Unterstützung des Niedersächsischen Landtags vorgenommen wurde.

Wir fordern daher den Landtagspräsidenten auf:

1. Dem Niedersächsischen Landtag werden die bisher **eingeleiteten Maßnahmen** zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 16. März 2010 auf Neukonzeption des Plenarbereichs unverzüglich dargestellt.
2. Für die Neukonzeption des Plenarbereichs nach dem Entwurf des Preisträgers Professor Eun Young Yi ist nach einem Gespräch mit dem Preisträger eine zusätzliche **externe Kostenschätzung zu erstellen**.
3. Die am 8.2.2011 durch den Präsidenten des Nds. Landtages veröffentlichten Angaben der Kostenschätzung und Plausibilitätsprüfung des Finanzministeriums, des Staatlichen Baumanagements bzw. der Oberfinanzdirektion sind in diesem Zusammenhang zu überprüfen.
4. Parallel sind eine **grundlegende Sanierung** des Bestandes mit erforderlichen Modernisierungen (u. a. Brandschutz, Arbeitsschutz, Barrierefreiheit, technische Anlagen) sowie alternative, ergänzende Gestaltungsnotwendigkeiten und -wünsche (z.B. Raumprogramm, Funktionszusammenhänge, Einstellplätze, Tageslicht Plenarsaal etc.) für den Plenarbereich zu prüfen und entsprechende Kosten zu ermitteln. Beide Prozesse dienen dem Ziel, zu klar abgrenzbaren **verlässlichen Entscheidungsalternativen** zu kommen.
5. Die Arbeit der **Baukommission** des Niedersächsischen Landtages ist unverzüglich wieder aufzunehmen. Alle derzeit existierenden Unterlagen des **Preisgerichts** und des Prozesses seit der Preisvergabe sind dabei der Kommission zur Verfügung zu stellen.
6. Das **Prozessmanagement** des Bauherrn ist transparent und professionell zu gestalten. Die größtmögliche **Transparenz** und ein **Beteiligungsprozess** für die Bürgerinnen und Bürger ist herzustellen (z.B. durch Informationen, Diskussionsangebote, Faktencheck auf den Seiten des Nds. Landtages etc.).
7. **Städtebauliche** Aspekte sind in die Planungen mit einzubeziehen und die Einbindung in die Diskussion um die **städtebauliche Entwicklung „Hannover 2020“** der Landeshauptstadt Hannover ist aktiv herzustellen.
8. Die Belange des **Denkmalschutzes** sind bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.

9. Eine endgültige **Entscheidung** über das weitere Vorgehen kann erst nach Vorlage aller Informationen und Daten über Sanierungskosten, Umbaukosten, Neubaukosten getroffen werden. Eine solche Entscheidung über das weitere Vorgehen ist jedoch **vor der Sommerpause** zu treffen.